



# HESSISCHER LANDTAG

10. 11. 2004

*Dem  
Ausschuss für Wissenschaft und Kunst  
überwiesen*

**Änderungsantrag  
der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP  
zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
für ein Gesetz zur organisatorischen Fortentwicklung  
der Technischen Universität Darmstadt (TUD-Gesetz)  
in der Fassung der Beschlussempfehlung  
Drucksache 16/2717 zu Drucksache 16/2354**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die TU Darmstadt ist verpflichtet, die Studierenden in angemessener Zeit zum Studienerfolg zu führen, indem sie sicherstellt, dass die Studierenden das in den Studienplänen und -ordnungen vorgesehene Lehrangebot tatsächlich in ausreichendem Maße und ohne zeitliche Verzögerung wahrnehmen können. Sie intensiviert die Beratung und Betreuung der Studierenden durch den Ausbau ihres Studien- und Prüfungsbegleitsystems. Die Beratungsgespräche mit den Studienanfängerinnen und -anfängern sollen ihre Qualifikation und die spezifischen Anforderungen der Studiengänge einbeziehen."

2. Dem § 6 wird als neuer Abs. 7 angefügt:

"(7) Hochschulrat und Senat beraten einmal jährlich Angelegenheiten, die für die Hochschule von grundsätzlicher Bedeutung sind, in gemeinsamer Sitzung."

3. Als neuer § 9 wird eingefügt:

**"§ 9  
Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen**

Studien- und Prüfungsleistungen aus gestuften Studiengängen für ein berufliches Lehramt, die mit dem Grad eines Masters an der TU Darmstadt abschließen, können der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen gleichgestellt werden. § 60 Abs. 3 bis 5 des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes vom ... (GVBl. I S. ...) gilt entsprechend."

4. Der bisherige § 9 wird § 10.

**Begründung**

Zu Nr. 1:

Die Präzisierung in § 1 Abs. 2 stellt eine Verbindung her zwischen der Verpflichtung der Hochschule, die Studierenden in angemessener Zeit zum Studienerfolg zu führen, und den Mitteln, die der Hochschule zur Verfügung stehen, dieses Ziel zu erreichen.

Zu Nr. 2:

Gemeinsame Sitzungen von Hochschulrat und Senat - bei entsprechendem Interesse könnte dies auch mehr als einmal im Jahr geschehen - bewirken eine Beschleunigung der Entscheidungsfindung. Darüber hinaus können spezifische Interessen einzelner Gruppen der Hochschule, beispielsweise der Studierenden, unmittelbar zur Sprache gebracht werden.

Zu Nr. 3:

Die Eignung von Bachelor- und Master-Studiengängen für das Lehramt soll zunächst nur an einer Hochschule und nur im beruflichen Lehramt erprobt werden.

Wiesbaden, 8. November 2004

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Jung (Rheingau)**

Für die Fraktion der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Walter**

Für die Fraktion der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Hahn**